

Mechthild Rawert

Im Bundestag für Tempelhof-Schöneberg

kompetent.

lebensnah.

vor Ort.



...newsletter



Newsletter zur 09. Sitzungswoche 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

Demokratie ist Vielfalt - auch thematisch: Gegen Rechtsextremismus, Gleichstellung, Gesundheit, Integration, Arbeit, Inklusion, Engagementpolitik sind Themen meiner Woche. Um all das zu schaffen, brauche ich Unterstützung. Ich danke meinem Team ganz herzlich dafür. Damit nicht jeder Tag ein Tag der Arbeit ist, werden wir Anfang Juni gemeinsam einen Betriebsausflug auf eine griechische Insel unternehmen. Ich freue mich.

Die SPD braucht Vielfalt. Furore macht im Augenblick die Diskussion zur Quote für Menschen mit einer Migrationsbiographie in der SPD. Als Bundesarbeitskreis Integration und Migration der SPD haben wir dieses Instrument am 16. April beschlossen. Der Parteivorstand hat diese am 09. Mai präzisiert und entschieden, diese in SPD-Führungsgremien einzuführen. Schon die Diskussion um die Quote führt zu mehr Partizipation und Vielfalt. Die SPD kann ihren Selbstanspruch als Mitglieder- und Volkspartei nur aufrechterhalten, wenn sie in ihren Gremien die Zusammensetzung der Bevölkerung, vor allem die vor Ort, repräsentiert.

Die Wirtschaft braucht Vielfalt. Die Anhörung zum Thema „Geschlechtergerechte Besetzung von Aufsichtsräten“ hat gezeigt, dass auch hier Quoten notwendig sind. Denn ohne Quote ändert sich nichts: Die Wirtschaftsbosse würden sich auch weiterhin gemäß des durch den Soziologen Ulrich Beck bereits 1990 geprägten Bonmots "verbale Aufgeschlossenheit bei weitgehender Verhaltensstarre" verhalten. Wir Frauen helfen sehr gerne auf die Sprünge. Studien zeigen, dass Diversität in Gremien zu einem höheren Unternehmenserfolg führt –und ich will eine florierende Wirtschaft.

Mich überzeugt unser „BERLINprogramm 2011-2016“ zur Abgeordnetenhauswahl am 18. September. Aber lesen Sie unser Wahlprogramm selbst und bilden Sie sich Ihre Meinung. Für Diskussionen stehe ich gerne zur Verfügung.

Viel Spaß beim Lesen!

Mechthild Rawert



1)

Inhalt:

■ Gesundheitspolitik

Gesundheitliche Versorgung durch Hebammen und Entbindungshelfer sichern 2

Krankenhaushygiene muss verbessert werden 3

■ AG „Strategien gegen Rechtsextremismus“

SPD-Bundestagsfraktion aktiv gegen Rechtsextremismus 4

■ Inklusionspolitik

Inklusion beginnt im Kopf 5

Fast 10 Millionen behinderte Menschen 5

■ Gleichstellungspolitik

Frauenquote für die Wirtschaft gefordert 6

■ Bürgerschaftliches Engagement

Engagementpolitik weiterentwickeln 6

■ Aus der Bundespartei

Koordinierungsgruppe Türkei 7

Bundesarbeitskreis Integration und Migration 7

■ Wirtschaftsjuvenen

Wirtschaft trifft Politik. Zwei Frauen begegnen sich. 8

■ Aus dem Bundestag

Hilfsantrag Portugal 8

Gesundheit als globales öffentliches Gut stärken 9

Neuen Krippengipfel einberufen 9

Urteil zur Sicherungsverwahrung: ausgewogen und klug 9

■ Aus Tempelhof-Schöneberg und Berlin

Landesparteitag der Berliner SPD 10

Politische Tagesfahrt am 6. Mai 2011 11

Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde 12

Behinderungen sind kein Hinderungsgrund 13

■ Einladungen/Terminhinweise 13

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 2

■ Gesundheitspolitik

Gesundheitliche Versorgung durch Hebammen und Entbindungshelfer sichern



Der Deutsche Bundestag hat am 13.05. zur Rolle der Hebammen und Entbindungshelfer in der künftigen Sicherstellung der Leistungen bei Schwangerschaft und Geburt debattiert.

In meiner Rede habe ich herausgestellt, dass es Erstens ein Recht der Kinder auf eine gesunde Geburt gibt. Dabei ist Zweitens ein Recht der (werdenden) Mutter auf Hebammenleistungen während, bei und nach der Geburt nicht ausgeschlossen. Diese Rechte auf gesundheitliche Versorgung von Mutter und Kind sind aber Drittens ursächlich verwoben mit guten Arbeitsbedingungen für angestellte aber auch freiberufliche Hebammen. Ich habe deshalb eine öffentliche Anhörung des Gesundheitsausschusses gefordert. Vehement kritisiert habe ich auch das von der CDU/CSU/FDP-geführten Bundesregierung vorgelegte Versorgungsgesetz. Die für eine flächendeckende Versorgung - insbesondere im ländlichen Bereich - notwendigen neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen medizinischen und nicht-ärztlichen Gesundheitsberufen „auf gleicher Augenhöhe“ fehlt hier vollständig.

Die Fraktionen der Linken und der Grünen haben hierzu Anträge eingebracht. Gemeinsam mit meinen FraktionskollegInnen habe ich von der Bundesregierung eine qualitative Studie über die Versorgung mit Hebammenleistungen gefordert. In dieser empirischen Erhebung sollen die Belange der Schwangeren und Wöchnerinnen im Mittelpunkt stehen. Es gilt herauszufinden, in welche Richtung sich die Bedarfslagen der betroffenen Frauen wandeln und welche Formen der Geburtshilfe - in der häuslichen Umgebung, im Krankenhaus oder im Geburtshaus - von ihnen bevorzugt werden. Darüber hinaus sind die finanzielle Situation der Hebammen, aber auch deren Tätigkeitsfelder zu eruieren. Die gesellschaftliche als auch finanzielle Aufwertung dieses - vor allem von Frauen - ausgeübten Gesundheitsberufes tut Not.

Arbeits- und Einkommenssituation von Hebammen und Entbindungspflegern

In meiner Plenar-Rede habe ich hervorgehoben, wie wichtig die qualitativ hochwertige und wohnortnahe Geburtsbetreuung für Frauen und ihre Gesundheit ist. Dazu bedarf es aber auch stimmiger Rahmenbedingungen, die den Hebammen die rechtliche Absicherung gibt, die sie für ihre Tätigkeit brauchen, die aber auch ihren Lebensunterhalt

sichert. Derzeit hat eine Hebamme einen Durchschnittslohn von 7,50 Euro, was ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 14.500 Euro ergibt. Die stetig steigende Prämie für die erforderliche Berufshaftpflichtversicherung macht eine Arbeit als Geburtshelferin bei der Geburt zunehmend unmöglich. Die Prämie beträgt in diesem Jahr 3.689 Euro.

Problem Berufshaftpflichtprämie

Das Problem der hohen Haftpflichtversicherungssummen betrifft inzwischen zunehmend auch gynäkologisch tätige Beleg- oder LeihärztInnen in Kliniken. Wir müssen deshalb die Finanzierung der Haftpflichtversicherungsprämien neu überdenken. Diese kann nicht alleine auf eine Berufsparte bezogen sein. Denkbar wären zum Beispiel Versicherungs-poollösungen oder ein steuerfinanziertes Umlageverfahren, die möglichst alle ärztlichen und nicht-ärztlichen Gesundheitsberufe einbeziehen. Leider nimmt das Bundesgesundheitsministerium diese dringliche Herausforderung nicht an und lässt die Hebammen, kleinen Krankenhäuser und Belegärzte mit diesen wachsenden Problemen im Stich.

Mutter und Kind haben Anspruch auf eine gute, flächendeckende Versorgung mit allen medizinisch-pflegerischen Leistungen rund um die Geburt. Um dies zu gewährleisten müssen die Rahmenbedingungen der Hebammen inklusive ihrer rechtlichen Absicherung durch Versicherungen dringend reformiert werden.

Zur „Berufshaftpflichtversicherung für ärztliche und nicht-ärztliche Gesundheitsberufe“ haben wir SozialdemokratInnen eine kleine Anfrage gestellt, die vollständig unbefriedigend von der Bundesregierung (Drucksache 17/4747) beantwortet worden ist. Meine Fraktion beschäftigt sich mit diesem Thema auch intensiv in einer arbeitsgruppenübergreifenden Projektgruppe.

Hebammen als Anwältinnen von Frauengesundheit

Als Berichterstatterin für Frauengesundheit stehe ich in einem regen Austausch mit den Hebammenverbänden. Als Rednerin habe ich anlässlich des Internationalen Hebammentages am 05. Mai auch an der Abschlusskundgebung der Demonstration des Berliner Hebammenverbandes teilgenommen. Mit Nachdruck unterstütze ich die von den Hebammenverbänden aufgestellten Forderungen nach einem Recht auf einen würdevollen Start ins Leben für jedes Kind sowie nach guten Arbeitsbedingungen für alle Hebammen.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



2010 haben die freiberuflichen Hebammen in einer Petition an den Deutschen Bundestag auf ihre berufliche Situation aufmerksam gemacht. Aufgrund der hohen Haftpflichtprämie für das Berufsrisiko Geburtshilfe verlagern viele Hebammen ihre Tätigkeitsschwerpunkte weg von der direkten Geburtshilfe hin zu Beratung und Betreuung. Die Steigerung der Haftpflichtprämie ist eine Folge gewachsener Schadenshöhen, die PatientInnen wegen der zumeist langwierigen Folgen bei Geburtskomplikationen von Gerichten zugesprochen werden.

Infektionsschutzgesetz: Krankenhaushygiene muss verbessert werden

Die Verbesserung der Krankenhaushygiene im Sinne von Patientinnen und Patienten war Thema einer Anhörung des Gesundheitsausschusses am Montag und damit Auftakt der Parlamentswoche. Behandelt wurde dabei auch der von mir mitverfasste Antrag „Besserer Schutz vor Krankenhausinfektionen durch mehr Fachpersonal für Hygiene und Prävention“ (Drs. 17/4452).



Zwischen ExpertInnen und PolitikerInnen gibt es einen breiten Konsens über weitgehende Verbesserungen der Krankenhaushygiene. Jedoch reichen einerseits die Vorschläge des Bundesgesundheitsministeriums zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes keineswegs aus. Andererseits wird das Gesetzgebungsverfahren mit sachfremden Änderungen überfrachtet und der Entwurf zu einem sogenannten „Omnibus-Gesetz“ degradiert.

Ergebnisse der Anhörung

Die von CDU/CSU und FDP vorgelegten Pläne für einen verbesserten Infektionsschutz wurden von den eingeladenen Fachleuten als „völlig unzureichend“ kritisiert. Gerade die Krankenhausvertreter verwiesen darauf, dass für eine schnelle Änderung des Status Quo sowohl das Geld als auch das benötigte ärztliche als auch pflegerische Personal fehlen. Vielfach müsse dieses auch erst noch einmal ausgebildet werden. Auch seitens der Verbraucherschützer wird der Gesetzentwurf als unzureichend eingestuft. Er sei „kaum geeignet, den Schutz der Bevölkerung vor behandlungsbedingten Infektionen und eine Eindämmung der Ausbreitung multiresistenter Erreger zu erreichen“.

Angezweifelt wurden auch die dem Gesetzentwurf von CDU/CSU und FDP zugrunde liegenden Daten. Diese seien viel zu niedrig angesetzt, die Infektionsgefahr ist viel größer. CDU/CSU und FDP behaupten, dass in Deutschland

jährlich zirka 400.000 bis 600.000 Patienten an so genannten nosokomialen Infektionen erkranken und schätzungsweise zwischen 7.500 und 15.000 Patienten daran sterben. Dagegen gingen die Deutsche Gesellschaft für Krankenhaushygiene (DGKH), die Gesellschaft für Hygiene, Umweltmedizin und Präventivmedizin (GHUP) und der Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD) in ihrer Stellungnahme von mindestens 700.000 nosokomial erworbenen Infektionen pro Jahr aus. Wahrscheinlich ist deshalb mit bis zu 30.000 Todesfällen pro Jahr durch nosokomiale Infektionen zu rechnen.

Ich stimme dem Sachgutachter Professor Walter Popp zu. Er widerspricht der im Gesetzentwurf geäußerten Erwartung, dass durch geeignete Maßnahmen 20 bis 30 Prozent der Krankenhausinfektionen vermeidbar sind. Neuere Untersuchungen zeigen, dass bei konsequentem hygienischen Handeln bis zu 100 Prozent der Fälle vermieden werden können. Ich unterstütze deshalb seine Forderung, eine weitergehende Zielsetzung in den Gesetzentwurf aufzunehmen. Das Tragische ist ja, dass wir hier von Todesfällen reden, die nicht geschehen müssten.

Die Vorschläge der SPD-Bundestagsfraktion

Wichtig sind uns sozialdemokratischen GesundheitspolitikerInnen sogenannte Eingangsscreenings für RisikopatientInnen und bundeseinheitliche, verpflichtende Hygienestandards. Denn: Erreger machen keinen Halt vor Bundes- oder Landesgrenzen. Die nötigen Rechtsverordnungen der Länder müssen schnellstens - nach Möglichkeit noch in diesem Jahr - erfolgen. Auch eine Ausweitung der Meldepflicht für multiresistente Keime ist überfällig. Wir unterstützen außerdem die Forderung der Fachgesellschaften nach einer FachärztIn für Hygiene pro 400 Klinikbetten. Weiterhin muss die Kommission für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention beim Robert-Koch-Institut (KRINKO) gestärkt werden. Mehrmals haben wir den Regierungsfractionen angeboten, substanzielle Verbesserungen beim Infektionsschutz mitzutragen, wenn auch einige unserer Forderungen zur Verbesserung der Hygienesituation in den Krankenhäusern herbeiführen werden. Noch tut sich hier aber herzlich wenig. Vielmehr deuten die bisherigen Änderungsanträge der Koalition darauf hin, dass dieser Gesetzesentwurf der Bundesregierung hauptsächlich als Vehikel für sachfremde Themen dienen soll.

Weitere Überlegungen

Seitdem wir uns auch parlamentarisch mit der Vermeidung nosokomialer Infektionen beschäftigen, frage ich mich, ob diese unter Umständen auch in anderen Einrichtungen

■ **Wahlkreis**

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 4

stattfinden können. Hier bedarf es noch weiterer Klärungen.

■ AG „Strategien gegen Rechtsextremismus“

SPD-Bundestagsfraktion aktiv gegen Rechtsextremismus



In der AG „Strategien gegen Rechtsextremismus“ der SPD-Bundestagsfraktion arbeiten wir mit engagierten AkteurInnen zusammen „gegen Rechts“ und diskutieren über die Weiterentwicklung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus und Gewalt. Uns beunruhigt sehr, dass rechtsextreme Einstellungen in allen Bevölkerungsgruppen verbreitet sind. Rechtsextreme Einstellungen sind keine Randphänomene, sondern entspringen aus der Mitte der Gesellschaft. Deshalb haben wir den Antrag „Demokratieoffensive gegen Menschenfeindlichkeit - Zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Rechtsextremismus nachhaltig unterstützen“ (Drs. 17/3867) gestellt. Wir fordern von der CDU/CSU/FDP-geführten Bundesregierung ein konsequentes Handeln gegen Rechtsextremismus - die Bundesregierung unternimmt hier viel zu wenig.

Wir SozialdemokratInnen fordern dauerhafte Strukturen, um Rechtsextremismus zu bekämpfen und die Vermittlung demokratischer Werte zu fördern. Wir wollen zu diesem Zweck auf Bundesebene ein Stiftungsmodell zur Bekämpfung des Rechtsextremismus einrichten. Die Mittel für mobile Beratungsteams und Opferberatungsstellen sollen um drei Millionen Euro erhöht werden. Wir fordern, einen nachhaltigen Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus zu entwickeln und wirksame Maßnahmen gegen jede Art von Rassismus zu ergreifen. Für gefährlich halten wir die von Union und FDP vorgenommene Vermischung der bestehenden Programme gegen Rechtsextremismus mit anderen Programmen zur Bekämpfung von Linksextremismus und Islamismus.

SPD aktiv gegen Rechtsextremismus

Der SPD-Parteivorstand hat die neue Publikation „Nationaler Sozialismus“ der Nazi-Demagogen - Missbrauch sozialer Themen und Instrumentalisierung der Kapitalismuskritik durch Rechtsextremisten“ herausgegeben. Diese Broschüre bietet Hintergründe, Analysen und Informationen für die Praxis. Sie greift auf, dass Rechtsextreme mit vorgeblich „sozialen“ Themen auf Stimmenfang gehen und verständliche Bedürfnisse nach sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit für ihre Propaganda missbrauchen.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besitzt jeder Mensch die gleiche Würde und den gleichen Wert. Gleichberechtigung und freie Selbstbestimmung, die faire Chance auf gesellschaftlichen Aufstieg durch Bildung und eigene Leistung gelten für alle Menschen in unserer Gesellschaft gleichermaßen - unabhängig von sozialer und kultureller Herkunft, von Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion oder Weltanschauung. Das meinen wir, wenn wir von einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft als Ziel unserer Politik sprechen. Wir sind überzeugt, dass eine starke Zivilgesellschaft den Rechtsextremismus und Rechtspopulismus schwächen kann. Für uns ist die Stärkung der Demokratie und der Demokratinnen und Demokraten der beste Verfassungsschutz.

Berlin wirbt für den Kampf gegen die „Extremismusklausel“

Alle in der AG „Strategien gegen Rechtsextremismus“ Tätigen begrüßen, dass das Land Berlin eine Bundesratsinitiative gegen die „Extremismusklausel“ initiieren will und dafür bei anderen Bundesländern wirbt. Der Berliner Senat missbilligt nicht nur die allgemeine Misstrauenserklärung gegenüber Projekten seitens der CDU/CSU/FDP-geführten Bundesregierung sondern hat auch juristische Zweifel an dieser „Vorbedingung“ für den Erhalt öffentlicher Zuwendungsmittel.

Dass Träger sich nun zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland formal bekennen und bestätigen sollen, eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit zu leisten, ist zwar bürokratisch, aber selbstverständlich politisch nicht zu beanstanden.

Der Berliner Senat beanstandet aber, dass im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus aktive Projektträger nun vor jeder Kooperation mit außen stehenden Dritten Nachforschungen über die Verfassungstreue der ausgewählten Partner anstellen und diese Nachforschung auch dokumentieren sollen. Schwarz-Gelb fordert sogar, dass sich Projektträger diesbezüglich mit dem Verfassungsschutz in Bund und Ländern in Verbindung setzen sollen.

Als Berliner Sozialdemokratin und Engagierte im Kampf „gegen Rechts“ freut mich diese Initiative sehr. Schließlich sind auch in Berlin viele große und kleine Projekte und Initiativen zur Stärkung der Demokratie von diesem schwarz-gelben Misstrauen betroffen.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 5

■ Inklusionspolitik

Inklusion beginnt im Kopf

Zusammen mit mehr als 1000 anderen Menschen mit und ohne Behinderungen habe ich am 10. Mai vor dem Bundeskanzleramt für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention demonstriert. Ich kämpfe für eine inklusive Gesellschaft und arbeite als Parlamentarierin dafür. Aber auch in meinem bürgerschaftlichen Engagement als Vorstandsmitglied des LandesFrauenRates Berlin e.V. setze ich mich für die Umsetzung des Rechts auf Chancengleichheit für alle Menschen ebenso ein wie als Mitglied des SoVD, des Sozialverband Deutschlands.



Die Demonstration anlässlich des Europäischen Protesttages für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen fand bei strahlendem Sonnenschein statt. Buh-Rufe waren zu hören, als ein Schreiben eines Abteilungsleiters verlesen wurde, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel aus terminlichen Gründen nicht an der Kundgebung teilnehmen könne. Putzig, wie aber aus den Fenstern des Bundeskanzleramtes die Demo beäugt wurde.

Kritik wurde am kursierenden 174-seitigen Referentenentwurf „Nationaler Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales laut. Andreas Vega, kritisierte im Namen der Interessensvertretung „Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V.“, dass dieser zwar viele Absichtserklärungen enthalte, die Anpassung der Behindertenrechtskonvention an die deutsche Gesetzeslage aber ausgespart bleibe. „Von Sonntagsreden haben wir mehr als genug“, war sein Fazit.

Rettungsschirme für Alle!

Die am Brandenburger Tor beginnende Demonstration war bunt, laut und strahlte Selbstbewusstsein aus. Viele hatten bunte Regenschirme mitgebracht und diese mit Slogans versehen. Auf meinem stand „Keine Almosen für Behinderte“ - ich finde, ein sehr guter Spruch. Mehrfach zu lesen war auch „Rettungsschirme für Menschen statt für Banken“. Die Atmosphäre und Stimmung auf dieser Demo verdeutlichte genau das, was die UN-Behindertenkonvention will: Aktives Engagement und gleiche Rechte und Teilhabe für ALLE!

Stopp mit Diskriminierung und Ausgrenzung

Auf der Abschlusskundgebung sprach auch meine Kollegin Silvia Schmidt, Behindertenbeauftragte der SPD-Bundesregierung, in ihrer Funktion als Vorsitzende der Bundesinitiative „Daheim statt Heim“. Ebenso wie Silvia habe ich die vielen aufgespannten Rettungsschirme und die darauf stehenden Botschaften und Forderungen als klares Signal an die Politik verstanden: Wir müssen mehr Tempo in eine Politik der Chancengleichheit und Teilhabe in allen Lebensbezügen bringen! Gefordert wurde von der Bundesregierung auch die Rücknahme der diskriminierenden Reduzierung von Leistungen durch die JobCenter um 20% für Menschen mit Behinderung, die bei ihren Eltern wohnen, gefordert wurden gerechte Löhne - einige forderten den Mindestlohn - für die Arbeit in den Werkstätten und dass schwerstbehinderte Menschen nicht aus ihren Fördergruppen herausgenommen werden, nur um Geld einzusparen.

Fast 10 Millionen behinderte Menschen in 2009



Das Statistische Bundesamt hat am 12. Mai aufgrund der Ergebnisse des Mikrozensus neue Zahlen veröffentlicht. Aus der entsprechenden Pressemitteilung geht hervor: Im Jahr 2009 lebten in Deutschland 9,6 Millionen Menschen mit einer amtlich anerkannten Behinderung, das heißt, durchschnittlich ist jeder neunte Mensch (11,7%) behindert. Davon waren mehr als die Hälfte (53%) Männer. Rund 7,1 Millionen Menschen sind schwerbehindert, 2,5 Millionen Menschen leben mit einer leichteren Behinderung.

Seit 2005 ist die Zahl der behinderten Menschen um 11%, beziehungsweise 919.000 Personen, gestiegen. Die Zahl der Menschen mit leichter Behinderung stieg um 29% (+ 546.000 Personen) und die Zahl der Schwerbehinderten um 6% (+ 374.000 Personen). Behinderungen treten vor allem bei älteren Menschen auf, da 72% der behinderten Menschen 55 Jahre und älter sind. Nur 29% der 55-Jährigen und Älteren sind nicht behindert.

Die Lebenssituationen von Menschen mit und ohne Behinderungen im Alter zwischen 25 und 44 Jahren unterschieden sich statistisch gesehen deutlich: Behinderte Menschen sind häufiger ledig und leben häufiger alleine. Abitur hatten hingegen 12% der behinderten und 29% der nicht-behinderten Menschen. Am Arbeitsmarkt zeigt sich eine geringere Teilhabe der behinderten Menschen: 70% der behinderten Menschen waren erwerbstätig oder suchten nach einer Tätigkeit; bei den gleichaltrigen Nichtbehinderten waren es 88%. Dementsprechend sind behinderte

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 6

Menschen zwischen 25 und 44 Jahren häufiger erwerbslos. Die Erwerbslosenquote beträgt bei ihnen 10%, die entsprechende Quote bei den Nichtbehinderten 7%.

Auch von Krankheiten sind behinderte Menschen häufiger betroffen: So waren 29% der behinderten Menschen im Alter von 25 bis 44 Jahren in den letzten vier Wochen vor der Mikrozensus-Befragung krank, bei Menschen ohne Behinderung waren es nur 10%.

■ Gleichstellungspolitik

Frauenquote für die Wirtschaft gefordert

Für die Einführung einer Frauenquote hat sich die deutliche Mehrheit der eingeladenen ExpertInnen während der Anhörung „Geschlechtergerechte Besetzung von Aufsichtsräten“ am 11.05. im Deutschen Bundestag ausgesprochen. Als stellvertretende Sprecherin der AG Gleichstellung der SPD-Bundestagsfraktion habe ich daran teilgenommen.



Auf die massive Unterrepräsentanz von Frauen an der Spitze großer Unternehmen haben alle verwiesen: Der Frauenanteil in den Vorständen der Top-200-Unternehmen lag Anfang 2011 bei 3,2 Prozent und in den Aufsichtsräten bei 10,6 Prozent. Freiwillige Selbstverpflichtungen haben nichts genutzt. Deutlich sei vielmehr eine „erhebliche Resistenz gegen Veränderungen“, so Elke Holst vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.

Verfassungsrechtliche Gründe gegen eine Frauenquote gäbe es laut Prof. Dr. Ute Sacksofsky, Lehrstuhlinhaberin für Öffentliches Recht und Rechtsvergleichung an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main, nicht. Der „Gesetzgeber verfolge damit nicht nur ein legitimes Ziel des Gemeinwohls, sondern er setzt ein ihm verfassungsrechtlich aufgegebenes Ziel um“. Kritiker sehen in der Quote einen Angriff auf das Eigentum. Dem ist aber nicht so, da auch das Eigentum der Sozialbindung unterliege. Außerdem zeigen Studien, „dass Diversität in Gremien zu einem höheren Unternehmenserfolg führt“.

Die Professorin Heide Pfarr, Mitglied der Geschäftsführung der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) lässt in dieser Debatte keine sachlichen Zwänge mehr gelten und vertritt damit die provokante These: „Wer sachliche Gründe zulässt, will keine Gleichstellung“. Die damit verbundene Provokation resultiert aus Erfahrungen mit TeilnehmerInnen von Schulungen, die die HBS für AufsichtsrätInnen durchführt. Während sich die Strukturen von Beschäftigungsverhältnissen in

der Wirtschaft sehr verändert hätten, seien tradierte Strukturen bei den Führungskräften nicht aufgebrochen worden. Es müsse sich aber die Arbeitswelt den Menschen und die Menschen der Arbeitswelt anpassen.

Die Initiativen, eine Frauenquote für Aufsichtsräte und Vorstände einzuführen, kommen ausschließlich aus den Oppositionsfraktionen. In unserem Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „Quotenregelung für Aufsichtsräte und Vorstände gesetzlich festschreiben“ (Drs. 17/4683), fordern wir von der CDU/CSU/FDP-geführten Bundesregierung, endlich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Frauenquote von mindestens 40 Prozent in den Aufsichtsräten von börsennotierten und der Mitbestimmung unterliegenden Unternehmen festschreibt. Es scheint, dass die Bundesregierung diese Forderung ebenso fürchtet, wie der Teufel das Weihwasser. Die Wirtschaft hat die zu lange Phase der freiwilligen Selbstverpflichtungen zu einer stärkeren Besetzung von Führungsgremien mit Frauen nicht genutzt. Nun wollen wir eine sanktionsbewehrte Quote, damit frischer Frauenwind in die Spitzengremien kommt.

■ Bürgerschaftliches Engagement

Engagementpolitik weiterentwickeln



Bürgerschaftliches Engagement hat einen hohen gesellschaftlichen und politischen Stellenwert. Es befördert Mitbestimmung und Mitverantwortung sowie gesellschaftliche Teilhabe und Integration. Als stellvertretendes Mitglied des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ fordere ich zusammen mit den KollegInnen aus der SPD-Bundestagsfraktion, dass die Weiterentwicklung der Engagementpolitik im Austausch mit Parlament und Bürgergesellschaft erfolgt. In unserer Großen Anfrage (Drs. 17/5135), haben wir nach Leitbild und Strukturen der nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung gefragt sowie dem Ausbau der Infrastrukturen und Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement. Die Antwort der Bundesregierung haben wir zum Anlass für eine Debatte im Bundestag am 12. Mai genommen.

Bei der Umsetzung der „Nationalen Engagementstrategie“, die das Bundeskabinett im Oktober 2010 beschlossen hat, soll nach Angaben der Regierung die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen intensiviert werden. Vorschläge für konkrete Kooperationsmöglichkeiten zwischen allen staatlichen Ebenen würden derzeit von Bund und Ländern Vorschläge erarbeitet.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



Bei den Freiwilligendiensten haben wir nach einem Zeitplan gefragt, nach Regelungen sowie der finanziellen Absicherung für das Freiwilligendienststatusgesetz. Um Partizipation und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu fördern, fordern wir konkrete Maßnahmen für Menschen mit geringem Einkommen und mit einfachen Bildungs- und Berufsabschlüssen oder mit Migrationshintergrund. Auch die Partizipation in politischen Prozessen muss aus unserer Sicht ausgebaut werden. Wir wollen eine engere Verzahnung zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Bildung, die Behandlung von zuwendungs- und gemeinnützigkeitsrechtlichen Fragen, sowie eine Bewertung des Zusammenhangs von Erwerbsarbeit bzw. Arbeitsmarktpolitik und bürgerschaftlichem Engagement.

Laut ihrer Antwort auf die Große Anfrage strebt die Regierung ein Freiwilligendienststatusgesetz an. Das Gesetz soll die gesellschaftliche Anerkennung der Dienstleistenden stärken und ihnen mehr Rechtssicherheit bringen. Angaben darüber, wann der Gesetzentwurf vorliegen wird, macht die Regierung jedoch nicht.

■ Aus der Bundespartei

Koordinierungsgruppe Türkei am 09.05.2011

Zur Koordinierungsgruppe Türkei des Bundesparteivorstandes gehören SPD-Mitglieder mit Interesse an der Türkei in unterschiedlichen Arbeitskontexten. Mitglieder der Parlamente gehören ebenso dazu wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung oder anderer Organisationen, die einen intensiven Austausch mit der Türkei und Kontakte zu den politischen Akteuren in der Türkei pflegen.



Am 09. Mai war Dr. Mehmet Ali Tugtan zu Gast. Er ist stellvertretender Vorsitzender des Center for Strategic Research (BILSAM) der Bilgi Universität Istanbul. Er hat uns die neuesten Einschätzungen zur politischen Lage vor den Parlamentswahlen am 12. Juni gegeben. Im Mittelpunkt des aktuellen Interesses steht die Frage, ob die CHP, unsere sozialdemokratische Schwesterpartei, es nach ihrem radikalen Personalwechsel schafft, wieder mehr Stimmen für sich zu gewinnen. Ihr Wahlkampf ist geprägt von Themen der sozialen Gerechtigkeit, die AKP setzt auf ihre wirtschaftlichen Erfolge und reklamiert das ungebrochene Wirtschaftswachstum von 8,9 % in 2010 für sich.

Auch dieser Wahlkampf hat wieder Opfer gefordert: Die später revidierte Entscheidung, 12 Wahlkandidaten der

BDP nicht zuzulassen führte zu gewaltsamen Protesten mit einem Todesopfer. Die Türken in Deutschland werden wieder nicht wählen dürfen: Der Wahlrat hat die Stimmabgabe im Ausland wieder nicht zugelassen. Eine Begründung gibt es nicht. Im Großen und Ganzen wird der Wahlkampf in der Türkei von der konservativen AKP des Ministerpräsidenten Erdogan und der sozialdemokratischen CHP bestimmt. Daneben gibt es die kurdischen MHP und BDP, denen allerdings kein großer Einfluss prognostiziert wird. Im Hintergrund des Wahlkampfes wird die Diskussion um eine neue Verfassung weitergeführt. Die CHP will einen Entwurf vorlegen, die AKP wartet wohl die Wahlen ab.

Die außenpolitische Ausrichtung der Türkei auf die Region des Nahen Osten nimmt zu: das sollte auch in der EU viel mehr Beachtung finden. Insgesamt sind die Beziehungen zur EU aber deutlich abgekühlt. Das ist vor allem eine Reaktion auf den sehr kritischen Jahresbericht vom März 2011, der mangelnde Presse- und Religionsfreiheit rügt. Aber auch die Weigerung der EU, Verhandlungen über Visumserleichterungen zu führen, wurde in der Türkei verärgert aufgenommen.

Bundesarbeitskreis Integration und Migration



Unter der bewährten Leitung von Kenan Kolat, hat der AK Integration der SPD am 16. April 2011 über die weiteren Arbeitsschwerpunkte des AK und über eine Quote für Migrantinnen und Migranten in Führungspositionen der Partei abgestimmt. Der Parteivorstand hat dieses Votum des AK Integration in einen Beschluss vom 09. Mai aufgenommen und der SPD eine Quote von 15% für alle Führungsgremien der Partei vorgeschlagen. Diese Debatte ist also losgelöst vom unglücklichen Verfahren gegen einen gewissen Berliner Genossen zu sehen.

Wir haben ausführlich über das Für und Wider einer Quote diskutiert. Dabei wurde zweierlei deutlich:

- Insbesondere den SPD-Mitgliedern mit Migrationshintergrund ist eine bloße Absichtserklärung auf Teilhabe nicht mehr genug. Sie wollen ihren Erfahrungen und Kompetenzen, „ihrem speziellem Blick“ in der Partei mehr Gewicht verleihen, wollen die SPD als Partei für soziale Gerechtigkeit, kulturelle Vielfalt und Anerkennung nach innen und außen engagiert mitprägen.
- Die im Arbeitskreis Engagierten - zumeist bereits in vielfältigen innerparteilichen und öffentlichen Funktionen für die SPD tätig - haben betont, dass sie vor allem auf die Wirkung einer innerparteilichen Debatte über

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 50
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 8

die Quote setzen. Sie nehmen damit die Auseinandersetzung über das Für und Wider einer weiteren Quote neben der Geschlechter-Mindestquote fast ebenso wichtig wie die Quote selbst. Diese ist sogar erst nach jahrelanger Auseinandersetzung beschlossen worden, nun aber statutarisch abgesichert.

Am 28.05.2011, wenn das Willy-Brandt-Haus auch zum Tag der offenen Tür einlädt, wird es eine Fachkonferenz mit SPD-MandatsträgerInnen und Mitgliedern mit und ohne Migrationshintergrund unter dem Titel "Für eine vielfältigere SPD - mehr Migrantinnen und Migranten in Mandate" geben, wo erste Gelegenheit besteht, den Beschluss des Parteivorstandes zu diskutieren.

Hier finden Sie eine ausführliche Darstellung der Quotendiskussion: www.mechthild-rawert.de/inhalt/2011-05-15/gesellschaftliche_vielfalt_abbilden_auf_allen_ebenen_der_politik

■ Wirtschaftsjuvenen

Wirtschaft trifft Politik. Zwei Frauen begegnen sich.

Es ist Tradition geworden. Die Knowhow-Transfer-Woche zwischen Wirtschaft und Politik der Wirtschaftsjuvenen Deutschland findet seit 17 Jahren im Mai statt. Zum 2. Mal darf ich das Engagement unserer Politikerinnen eine ganze Woche erleben. Mich hatte am ersten Tag die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert mit strahlendem Lächeln herzlich begrüßt! So hatte meine Woche angefangen.



Jedes Jahr entdecke ich eine neue starke Persönlichkeit, einen einzigartigen Werdegang und eine interessante Weltanschauung. Aber eins spüre ich immer wieder: dasselbe Engagement für die Gesellschaft. Dies ist was uns am stärksten verbindet. Denn die Wirtschaftsjuvenen Deutschland gestalten sie auch, indem sie

- auf ehrbares Unternehmertum setzen
 - Beruf und Familie leben
 - in Bildung investieren
 - nationale und internationale Netzwerke knüpfen
 - innovationsstark und ressourcenbewusst handeln
- (Näheres zu den Punkten erfahren Sie unter www.wjd.de)

Ob Politik oder Wirtschaft, jede Anspruchsgruppe spielt eine verantwortungsvolle Rolle bei deren Beitrag zu der Gestaltung der Gesellschaft, heute und für die Zukunft. Im Rahmen der Gesundheits-, der Gleichstellungs- und der Engagementpolitik darf ich die Anhörung zur Quote und die Demonstration anlässlich des Europäischen Tages der Menschen mit Behinderung zum Thema Inklusion und Diversity miterleben. Diese Anliegen betreffen mich besonders als engagierte Frau und EU-Bürgerin, als in Berlin lebende Französin mit chinesischen Wurzeln und in Kambojscha gebürtig, und als ADS-Betroffene. Somit setze ich mich ganzheitlich und persönlich für die Vielfalt ein. Jeder von uns ist ein Teil dieses Ganzen. Jedem Menschen soll ermöglicht werden, sich frei und verantwortungsbewusst entfalten zu können. Denn Vielfältigkeit ist ein wunderbares Geschenk der Natur, deswegen müssen wir darauf achten, dass sie so gelebt wird. Es liegt in der Verantwortung der Gesellschaft und eines jeden Menschen diese Werte zugleich zu fördern und zu schützen.

Zu meiner Person: Seit meiner Kindheit schlägt mein Herz für Deutschland. Ich erfüllte meinen Traum, indem ich vor 8,5 Jahren hierher zog und zwar trotz aller Klischees. Dazu antworte ich selbstbewusst: „weil Deutschland exotisch ist!“. Seitdem habe ich in weltweitführenden IT- und High Tech Consulting Firmen in Marketing & Kommunikationspositionen gearbeitet. Vor 1,5 Jahren verschlug mich meine Selbstständigkeit nach Berlin. Als Marketing- und CSR-Consultant erhoffe ich meinen Beitrag zu der Wirtschaft, der Gesellschaft und der Umwelt zu leisten.

Meine Begegnung mit der Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert war eine Bereicherung, denn ich habe die Chance eine Frau mit Herz, mit Persönlichkeit und mit Engagement erleben zu dürfen! An dieser Stelle sage ich in meiner Muttersprache: Merci, madame Rawert!

Chuy You PHOW
Französische Wirtschaftsjuvenerin Berlin
marketing-csr consulting

■ Aus dem Bundestag

Hilfsantrag Portugal



Damit Aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion reichen die ausgehandelten Rettungsmechanismen nicht aus, um Portugal dauerhaft aus der Krise zu führen. Zugleich erhält der Bundestag keine ausreichenden Informationen von der Regierung, um den Stabilisie-

rungsprozess konstruktiv zu begleiten. Unser Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier hat das am 12. Mai im Plenum scharf kritisiert.

Europapolitik braucht lange Linien

Wir wollen, dass die Finanzakteure endlich substanziell an den Lasten beteiligt werden. Dazu fordern wir weiter die Finanztransaktionssteuer, die nichts anderes als eine Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte ist. Wir brauchen außerdem eine ausgewogene Gläubigerbeteiligung, damit Länder wie Griechenland wirtschaftlich nicht durch die Zinsschraube stranguliert werden. Letzten Endes kann es nur eine nachhaltige Lösung der Krise geben, wenn nicht nur Deutschland, sondern auch wachstumsschwächere Euro-Länder neue Impulse wirtschaftlicher Entwicklung setzen können. Das Ansehen Deutschlands in Europa leidet unter dem Wankelmut seiner konservativen Regierung. Nur ein umfassendes Gesamtkonzept und entschiedenes Handeln der Staats- und Regierungschefs können ein klares Signal an die Märkte senden. Es reicht nicht, einfach mehr Geld bereit zu stellen, sondern die Länder brauchen Perspektiven für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung, damit sie in der Lage sind, aus eigener Kraft ihre Haushalte auszugleichen. Meine Fraktion hatte daher den Antrag gestellt, dass Portugal nur die Mittel erhalten sollte, die für die Absicherung der bevorstehenden Refinanzierungstermine bis zum 15. Juni 2011 notwendig seien. Vor weiteren Auszahlungen sollte ein neuer Beschluss im Haushaltsausschuss notwendig sein. Diesen Antrag lehnte der Ausschuss mit den Stimmen aller anderen Fraktion ab.

Gesundheit als globales öffentliches Gut stärken

In der Plenardebatte zu unserem Antrag Gesundheit ist ein globales öffentliches Gut – Rolle der Weltgesundheitsorganisation WHO in der „Global Health Governance“ stärken (Drs. 17/5486) hat die SPD-Fraktion die Regierung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Rolle der Weltgesundheitsorganisation WHO als weltweit normsetzende Organisation in allen globalen Gesundheitsfragen und bei der Etablierung von Gesundheitssystemen international verbindlich festgeschrieben wird.



Gesundheitspolitik ist ein globales Aufgabenfeld, denn Gesundheit ist ein globales öffentliches Gut und ein Menschenrecht. Die WHO ist die einzige legitimierte, internationale Autorität in Gesundheitsfragen und muss in dieser Eigenschaft gestärkt werden. Als drittgrößter Beitragszahler mit Sitz im Exekutivrat der WHO muss Deutschland sich aktiv in den Reformprozess einbringen.

Die WHO ist ein wichtiger globaler gesundheitspolitischer Akteur. Sie ist Anwältin der öffentlichen Gesundheit, vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern. Neben einer Reform der Finanzierungsgrundlage fordern wir auch mehr Transparenz der internen Strukturen und Entscheidungsprozesse, um dieser Aufgabe in Zusammenarbeit mit den relevanten Akteuren besser ausfüllen zu können. Unsere Regierung soll sich darüber hinaus für die Berücksichtigung der EU-Strategie in der globalen Gesundheitspolitik einsetzen.

Neuen Krippengipfel einberufen



Der „Bundesweite Erfahrungsaustausch - Gute kommunale Praxis für den Ausbau und die Qualität der Kinderbetreuung in Deutschland“ am 04.04.2011 hat gezeigt, dass wir weiteren Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung brauchen. Dieser Bedarf wird von der Regierung unterschätzt. Das Ziel einer bundesdurchschnittlichen Betreuungsquote von 35 Prozent bis 2013 ist nicht ausreichend.

Für mich steht fest: Der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung darf nicht in Frage stehen. Wir wollen Beruf und Familie besser vereinbar machen. Dazu brauchen die Kommunen mehr Unterstützung. Vor diesem Hintergrund fordert unser Antrag „Neuen 'Krippengipfel' einberufen - Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung voranbringen“ (Drs. 175518) dazu auf, den Bedarf an frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangeboten unabhängig zu erheben. Die Vorstudie für die 2011 anstehende Zwischenevaluation des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung 2008-2013“ soll dem Bundestag zeitnah vorgelegt werden. Schließlich fordern wir die Einberufung eines neuen Krippengipfels, auf dem mit Vertreterinnen und Vertretern der Länder, der Kommunalen Spitzenverbände sowie der Träger weitere Schritte für den qualitativen und quantitativen Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung für Kinder unter drei Jahren verabredet werden sollen.

Urteil zur Sicherungsverwahrung: ausgewogen und klug

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 04. Mai 2011 zur Unvereinbarkeit der Regelungen zur Sicherungsverwahrung mit dem Grundgesetz hat eine breite Resonanz in der Öffentlichkeit gefunden und eine Reihe von Fragen aufgeworfen. Wichtig



■ **Wahlkreis**

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 10

ist dabei zu erwähnen, dass das Karlsruher Urteil zwei Seiten hat, die gleichermaßen wichtig sind.

Das Urteil enthält einerseits die klare Botschaft, dass die Europäische Menschenrechtskonvention in unserer Rechtsordnung fest verankert ist und zusammen mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte eine Maxime für die Auslegung des Grundgesetzes bildet. Angesichts der jüngeren Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte hat das Bundesverfassungsgericht nun auch seine frühere Entscheidung zur Verfassungsmäßigkeit der Regelung zur Verlängerung der Sicherungsverwahrung geändert. Das Bundesverfassungsgericht betont in diesem Zusammenhang die notwendig strikte Anwendung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes. Während die Freiheitsstrafe die schuldangemessene Sanktion einer Straftat ist, dient die Sicherungsverwahrung allein der Vorbeugung neuer Straftaten. Aus diesem Grund fordert das Bundesverfassungsgericht ein Gesamtkonzept für die Sicherungsverwahrung, das stets darauf hinwirkt, Untergebrachte wieder in die Freiheit entlassen zu können.

Auf der anderen Seite erkennt das Bundesverfassungsgericht an, dass sich die Gesellschaft vor hochgefährlichen Gewalt- oder Sexualstraftätern auch nach der Verbüßung der Haft schützen darf. Dementsprechend nimmt es die Probleme ernst, die sich mit der Rechtsprechung des europäischen Gerichtshofs für die Praxis ergeben haben. Das Bundesverfassungsgericht hat deshalb eine Übergangsregelung getroffen und den Gesetzgeber in Bund und Ländern aufgefordert, die Sicherungsverwahrung innerhalb von zwei Jahren auf neue Beine zu stellen und das gebotene Gesamtkonzept zu entwickeln.

Das Urteil ist weitreichend und zugleich ausgewogen und klug. Damit haben wir nun die Chance, den in den vergangenen Jahren entstandenen gesetzlichen Flickenteppich durch ein übersichtlicheres und überzeugendes System zu ersetzen. Die sozialdemokratischen JustizministerInnen haben bereits Konzepte für die künftige Therapieunterbringung entwickelt, die nun fortentwickelt und gemeinsam in gesetzlichen Regelungen des Bundes und der Länder umgesetzt werden müssen.

Wir fordern die Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger auf, ihrer Gesamtverantwortung gerecht zu werden und auf der Justizministerkonferenz vom 18.-19. Mai 2011 in Halle erste konkrete Vorschläge für die weiteren gemeinsamen Handlungen vorzulegen. Bis Herbst die-

ses Jahres müssen Eckpunkte der künftigen Leitlinien des Bundes formuliert sein.

■ Aus Tempelhof-Schöneberg und Berlin

Landesparteitag der Berliner SPD



Einstimmig haben die 215 Delegierten Klaus Wowereit im Beisein von 1000 Gästen und RepräsentantInnen aus Wirtschaft, Sport, Kultur, den Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden zum Spitzenkandidaten der Berliner SPD nominiert. Der SPD-Landesparteitag fand am 13.05. in den Hallen der Station-Berlin, einer ehemaligen Postumpackstation, in Kreuzberg statt.

In einer überzeugenden Rede rief Klaus Wowereit uns alle dazu auf, für eine solidarische Gesellschaft zu kämpfen, für sozialen Zusammenhalt, für eine zukunftsorientierte Wirtschaft und faire, existenzsichernde Löhne, für eine gute Bildung für alle, für Sicherheit im öffentlichen Raum, für bezahlbare Mieten und für eine Anerkennungs- und Willkommenskultur für alle. "Wir haben noch vieles gemeinsam vor: Berlin, die SPD und ich. Lasst uns anpacken, damit Berlin vorankommt und jeden Tag ein Stück gerechter, erfolgreicher und toleranter wird. Es lohnt sich, für Berlin zu kämpfen." Für seine fulminante, mehr als einstündige Rede wurde Klaus Wowereit mit minutenlangen Standing-Ovations gefeiert.

Stolz auf Berlin

„Stolz auf Berlin“ – so lautete das Parteitagmotto. Klaus Wowereit betonte, dass wir allen Grund haben, auch stolz auf Erreichtes zu sein. Dank einer SPD-geführten Regierung sei die Stadt zusammengewachsen, seien erfolgreich 100.000 neue Arbeitsplätze in zukunftsorientierten Branchen geschaffen worden, sei Bildung von der Kita bis zur Uni gebührenfrei, Kultur und Tourismus florieren. Der für die Stadt, für die Region so bedeutsame Flughafen BBI mit dem Namen von Willy Brandt stehe kurz vor der Fertigstellung. Emotionsvoll bekannte er „Ja, wir lieben diese Stadt, ihre lauten und leisen Töne, ihre Rohheit, ihren herben Charme“ und „Der Berliner würde sagen: Da kannst du nicht meckern, ja, wir sind stolz auf diese Stadt.“

Klaus Wowereit hat für die Abgeordnetenhauswahl am 18. September das Wahlziel "30 plus x" ausgegeben. Die SPD will wieder stärkste Kraft im Parlament werden. Derzeit liegt die SPD mit 29 Prozent vor den Grünen mit

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 11

26 Prozent. Ein Ansporn für alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Olaf Scholz, Erster Bürgermeister von Hamburg, hatte als Eröffnungsredner darauf verwiesen, wie wichtig es sei, dass sich die SPD als Volkspartei positioniert, die eine mehrheitsfähige Politik macht. Die SPD unterscheide sich von den politischen Wettbewerbern FDP und CDU durch eine pragmatische und erdverbundene Politik. Im Rahmen einer vernünftigen Wirtschaftspolitik gelte für die SPD „Wir schätzen nicht nur die Arbeit, sondern auch diejenigen, die die Arbeit leisten.“ Klaus Wowereit sagte später mit Blick auf die Grünen, dass einige die Stadt zu einem Biotop machen wollten, „dass sie so bleibt, wie sie ist“. Berlin habe sich aber immer gewandelt und werde dies auch in Zukunft tun.

Das von Michael Müller, SPD-Landesvorsitzender, in den Grundzügen vorgestellte „BERLINprogramm 2011-2016“ ist von den Delegierten bei einer Gegenstimme beschlossen worden. Unsere Schwerpunkte sind „Gute Arbeit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung“ sowie „Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle“. Die Ermöglichung von Bildung in allen Phasen des Lebens ist die Grundlage.

Informationen

Wer mehr über Klaus Wowereit, das Wahlprogramm und die Berliner SPD erfahren möchte, gehe bitte auf www.klaus-wowereit.de und www.spd-berlin.de.

Politik hautnah erleben: Politische Tagesfahrt

Sechsmal im Jahr sind Bürgerinnen und Bürger meines Wahlkreises Tempelhof-Schöneberg zu einer „Politischen Tagesfahrt“ eingeladen. Am 06. Mai 2011 fand meine dritte politische Tagesfahrt statt, die ganztägig von meiner Mitarbeiterin Selini Tsekeridou-Knittel und einer Mitarbeiterin des Bundespresseamtes begleitet wurde.



Die Tour begann früh morgens im Willy-Brandt-Haus, wo spannende Ausstellungen besichtigt werden konnten. Die anschließende gemeinsame Diskussion begann mit einer Filmvorführung über die wechselvolle 148-jährige Geschichte der Sozialdemokratie. Eine Referentin des SPD-Parteivorstandes informierte über Aufbau, Mitmach- und Entscheidungsstrukturen der SPD, über die Zukunftswerkstätten sowie über die aktuelle Arbeit der SPD-Parteizentrale. Im Mittelpunkt der Fragen an mich stand

die zukünftige Finanz- und Steuerpolitik der SPD nach 2013 als auch die sozialdemokratischen Vorstellungen zu einer gerechten Gesundheitspolitik. Wir wollen die Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin. Wir wollen eine Pflege, die die Angehörigen entlastet, wollen einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff, um auch Demenz-Erkrankte besser betreuen zu können. Ich selber mache mich stark für eine neue Ausbildungsstruktur und für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Gesundheitswesen.

Danach fuhren wir gemeinsam ins Restaurant BERLIN Pavillon im Tiergarten zum Mittagessen. Direkt anschließend folgte der Besuch des Reichstagsgebäudes, u.a. mit einem Vortrag über die Arbeit des Deutschen Bundestages und den deutschen Parlamentarismus, einem Besuch der Kuppel und gemeinsamen Fototermin.

Nächstes Ziel war die Parlamentsausstellung „Wege - Irrwege - Umwege“ im Deutschen Dom. Diese sehr informative Ausstellung zur deutschen Geschichte zeigt auf insgesamt fünf Etagen die historische Entwicklung des liberalen parlamentarischen Systems in Deutschland auf. Sie widmet sich vorrangig jenen Epochen, in denen die wesentlichen Grundlagen für die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland gelegt wurden. Nachgezeichnet werden aber auch die parlamentarischen Entscheidungsprozesse und Konflikte sowie die Funktion und Arbeitsweise von Volksvertretungen.

Die Führung durch das neue, genau vor einem Jahr am 06. Mai eröffnete Dokumentationszentrum und Gelände „Topographie des Terrors“ war ein weiterer Höhepunkt. Dort stehen nun BesucherInnen mehrere Ausstellungsbereiche, Dauer- und Sonderausstellungen offen. Im Gebäude befindet sich die Dauerausstellung „Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt in der Wilhelm- und Prinz-Albrecht-Straße“. Der neu gestaltete Ausstellungsgraben entlang der freigelegten Kellermauerreste an der Niederkirchnerstraße (ehemalige Prinz-Albrecht-Straße) präsentiert die Ausstellung „Berlin1933-1945. Zwischen Propaganda und Terror“. Der historische Ort „Topographie des Terrors“ ist durch einen Geländerundgang mit 15 Stationen inhaltlich erschlossen. Erfreulich, dass einige der TeilnehmerInnen wiederkommen wollen.

Mit einer gemeinsamen Schiffstour wurde der - nach Aussagen der TeilnehmerInnen - wunderschöne Tag beendet.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 12



Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde - ein Ort der politischen Bildungsarbeit



Die deutsch-deutsche Flucht war eine der größten europäischen Migrationsbewegungen der Nachkriegszeit. Wenige Orte repräsentieren so eindringlich wie das ehemalige Notaufnahmelager Marienfelde, dass Deutschland faktisch schon seit langem ein Einwanderungsland ist. Ein Besuch des historischen Ortes „Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde“, der in meinem Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg liegt, fordert zu nachhaltiger politischer Gestaltung heraus.

Die „Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde“ wurde 2005 im Hauptgebäude des ehemaligen Notaufnahmelagers Marienfelde in der Marienfelder Allee 66/80 gegründet. An diesem authentischen Ort erinnert die ständige Ausstellung „Flucht im geteilten Deutschland“ daran, dass zwischen 1949 und 1990 rund vier Millionen Menschen aus der SBZ/DDR in die Bundesrepublik und West-Berlin kamen - eine der größten Migrationsbewegungen der Nachkriegszeit. Über 900 Exponate verweisen anschaulich auf die „Gründe zu gehen“, auf „Wege in den Westen“ sowie auf die Chancen und Probleme beim Neubeginn in der Bundesrepublik.

Für 1,35 Millionen DDR-Flüchtlinge, Ausgereiste oder Freigekaufte war das Notaufnahmelager Marienfelde das „Tor zum Westen“. Hier wurden sie mit dem Notwendigsten versorgt und durchliefen das mehrstufige Aufnahmeverfahren, um die Aufenthaltserlaubnis für die Bundesrepublik und West-Berlin zu erhalten. Nach der Deutschen Einheit 1990 wurde auf dem Gelände des ehemaligen Notaufnahmelagers die „Zentrale Aufnahme- stelle des Landes Berlin für Aussiedler“ eingerichtet. Hier

erhielten die von der Erstaufnahmestelle in Friedland dem Land Berlin zugeteilten sogenannten (Spät-)AussiedlerInnen, während des durchschnittlich dreimonatigen Aufenthalts, Beratung und Unterstützung. Diese „Migranten“ kamen vor allem aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Hier wurden die Weichen für die Integration gestellt. Nach einer vorübergehenden Schließung des Geländes und Gebäudes wurde das ehemalige Notaufnahmelager im Dezember 2010 reaktiviert und ist nun ein Übergangwohnheim für rund 40 Flüchtlinge und AsylbewerberInnen, die überwiegend aus dem Irak und dem Iran kommen.

Unvollendete Vergangenheit

Für Bettina Effner, Leiterin der "Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde", sind die Folgen der deutsch-deutschen Teilung für viele DDR-Flüchtlinge und -ÜbersiedlerInnen nicht überwunden. Sie fordert eine Korrektur des Rentenüberleitungsgesetzes vom 25. Juli 1991. Eine Forderung, die auch von der SPD-Bundestagsfraktion erhoben wird und auch Gegenstand der Großen Anfrage „Zwanzig Jahre Rentenüberleitung - Perspektiven für die Schaffung eines einheitlichen Rentenrechts in Deutschland“ an die CDU/CSU und FDP-geführte Bundesregierung ist.

Viele Flüchtlinge und -ÜbersiedlerInnen, die die DDR in den 1970er und 1980er Jahren verlassen haben, sind bzw. kommen nun ins Rentenalter und erfahren, dass sie, entgegen bisheriger Auskünfte, nur eine Minimalrente erhalten. Folglich sind sie bei der Rentenberechnung den westdeutschen Berufstätigen nicht gleichgestellt. Ihre besondere Flucht-Biografie bleibt unberücksichtigt.

Im Jahr 2011 finden zwei Jubiläen zum fünfzigsten Mal statt, die nach Meinung von Bettina Effner und mir nachdrücklich die anhaltenden gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen von Migration und Integration symbolisieren:

Das Massenphänomen der Flucht und Abwanderung waren Hauptgrund für den Bau der Mauer am 13. August 1961. Für die DDR, wie auch für die Bundesrepublik, hatten Flucht und Abwanderung tiefgreifende gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Folgen - Flucht und Abwanderung prägten beide deutsche Gesellschaften in hohem Maße.

Weiterhin ist unsere Gesellschaft heute noch nachhaltig durch den Umstand geprägt, dass es in den 50er und 60er Jahren sehr viel mehr Arbeit als ArbeiterInnen gab. Sowohl in der DDR als auch in die Bundesrepublik kam es zu zahlreichen Anwerbeabkommen. So auch das am 30. Oktober 1961 abgeschlossene Anwerbeabkommen zwischen

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 13

Deutschland und der Türkei. Obgleich Deutschland mittlerweile anerkennt, dass es ein Einwanderungsland ist, haben wir mit der Anerkennung zu kämpfen, dass die deutsche Industrie vor 50 Jahren zwar nach GastarbeiterInnen gerufen hat – allerdings Menschen gekommen sind.

Behinderungen sind kein Hinderungsgrund für sportliche Weltrekorde

Herzlich gratulieren möchte ich Daniela Schulte (blind) vom Berliner Schwimmteam/PSC Berlin zum neuen Weltrekord über 800m Freistil. Nach diesem Gold erschwamm sie noch einen weiteren Internationalen Deutschen Meistertitel. Ich gratuliere auch Kirsten Bruhn (teilweise querschnittsgelähmt), die sich nach Gold über 50m auch noch den Bronzertitel beim Finale in 100m Brustschwimmen holte, und zu den schnellsten Handicap-Schwimmerinnen der Welt zählt. Angesichts der herausragenden sportlichen Leistungen während der Abschlusswettkämpfe der in Berlin stattgefundenen 25. Internationalen Deutschen Meisterschaften im Schwimmen der Behinderten (IDM) am 01. Mai verdienen alle teilgenommenen Schwimmerinnen und Schwimmer hohe Anerkennung.



Das Berliner Wasser ist schnell. Während der vom 28. April bis zum 01. Mai stattgefundenen 25. Internationalen Deutschen Meisterschaften im Schwimmen der Behinderten (IDM) wurden neue Welt- und Europarekorde erzielt. Schwimmerinnen und Schwimmer aus 28 Nationen haben sich in der Schwimm- und Sprunghalle im Europa Sportpark Berlin (SSE) in verschiedenen Schwimmdisziplinen miteinander gemessen. Für Berlin gehören diese Meisterschaften zusammen mit der ebenfalls in Berlin stattfindenden IPC (International Paralympic Committee)-Europameisterschaft, die vom 03. bis 10. Juli 2011 am gleichen Ort stattfinden wird, und der Frauenfußball-Weltmeisterschaft zu den ganz großen Sporthighlights 2011.

Bereits zum 12. Mal in Folge wurden die Wettkämpfe in der Sportmetropole Berlin ausgetragen. Die Schwimm- und Sprunghalle im Europasportpark an der Landsberger Allee bot den 445 Sportlerinnen und Sportlern aus 114 Vereinen und Verbänden, darunter 72 Vereine mit 175 Teilnehmerinnen aus Deutschland, auch die besten Wettkampfbedingungen für das paralympische Schwimmen. Die übrigen Aktiven kamen nicht nur aus dem europäischen Ausland sondern u.a. auch aus Aserbaidschan, Australien, Brasilien, Indien, Südafrika, der Türkei, Weißrussland und

erstmals auch aus den Vereinigten Arabischen Emiraten. Für sie alle sind die IDM auch gute Vorbereitungen für die Sommer-Paralympics 2012 in London.

Allen ehrenamtlich Aktiven sei für ihre großartige Arbeit bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung dieser Sportwettkämpfe gedankt. Nur ihr Engagement hat den reibungslosen Ablauf dieser internationalen Sportwettkämpfe ermöglicht. Zu wünschen bleibt, dass sich die Medien und die Öffentlichkeit noch stärker für die Leistungen von Menschen mit Handicaps interessieren.

■ Terminhinweise

16. Mai: 19:30 – 21 Uhr

- **Patienten und Pflegepersonal in Not – Situation in den Berliner Krankenhäusern und Pflegeheimen**
Veranstaltung mit Mechthild Rawert und der SPD-Abt. Kreuzberg 61 von Harald Georgij.
*Rathaus Kreuzberg, BVV-Saal
Yorkstr. 4-11, 10965 Berlin*



17. Mai: 19:30 – 22 Uhr

- **Mitgliederversammlung der SPD-Abt. Kladow**
Veranstaltung mit Mechthild Rawert zum Thema „Gesundheitsreform oder Bürgerversicherung?“
*Kladower Hof
Sakrower Landstr. 14, 14089 Berlin*

20. Mai:

- **„Wirtschaft - Arbeit - Energie. Für einen neuen Energiekonsens in Deutschland.“: 10 - 14 Uhr**
Das Plädoyer des SPD-Parteivorstandes für eine Erneuerbare-Energien-Wirtschaft wird auf der Konferenz vorgestellt und diskutiert.
*Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstr. 141, 10963 Berlin*
- **Politischer Salon im Wohnzimmer von Luise und Karl Kautsky: 19 Uhr**
Begrüßung und kurzer Vortrag: „Luise und Karl Kautsky – ihre Leben, ihr politisches Werk“. Anschließend ist Zeit für eine Führung und Gespräche.
*Luise & Karl Kautsky-Haus
Bundeschristenhaus der SDJ – Die Falken
Saarstr. 14, 12161 Berlin*

21. Mai:

- **Rundgang durch das Areal „Güterbahnhof Wilmersdorf“: 17 Uhr**
Die SPD-Friedenau lädt ein zur Besichtigung.
Treffpunkt Hauptstr. 65, Nähe Insbrucker Platz

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 14

Es wird um Ihre Vorschläge zur zukünftigen Nutzung der ehemaligen Güterbahnhof-Fläche gebeten beim anschließenden

- **115. Friedenauer Gespräch: 18 Uhr**
Anwesend sind Dilek Kolat; MdB, Christoph Goetz, Elke Ahlhoff und weitere Bezirksverordnete der BVV Tempelhof-Schöneberg
Restaurant „Medusa“, Perelsplatz 10

23. Mai: 19 - 21:30 Uhr

- **8. Werkstattgespräch zur Zukunft der Arbeit: Von der Arbeitslosen- zur Arbeitsversicherung**
Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung von Hubertus Heil.
Näheres unter:
www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56693,00.html

24. Mai: 19:30 - 22 Uhr

- **Offene Mitgliederversammlung der SPD-Abt. Friedenau**
Mit Mechthild Rawert zum Thema Inklusion.
Seniorenfreizeitstätte
Stierstraße 20a, 12159 Berlin

27. Mai: 18:30 - 19 Uhr

- **Ausstellungseröffnung „22:14 und es kamen Frauen“**
Mit Grußwort von Mechthild Rawert.
Galerie im Kurt-Schumacher-Haus
Müllerstr. 163, 13353 Berlin

28. Mai:

- **Tag der offenen Tür im Willy-Brandt-Haus**
Wilhelmstr. 141, 10963 Berlin

20. Juni: 18 - 20 Uhr

- **Nur für Frauen: Forum zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses**
Aus Anlass der Berlin-Wahl veranstalten das Frauennetzwerk "Meet me in Mitte" und der LandesFrauenRat Berlin e.V., in dem Mechthild Rawert Vorstandsmitglied ist, ein Wahlforum mit den Spitzenkandidaten der Parteien. Für einen Imbiss und Getränke, ist ein Kostenbeitrag von 10 € an das Hotel zu zahlen.
ANMELDUNG bis zum **31. Mai 2011** unter:
eMail: lfr-berlin@t-online.de
Hotel Ritz-Carlton, Ballsaal
Potsdamer Platz 3, 10785 Berlin

Weitere Termin-Infos unter:

www.mechthild-rawert.de/date-browser

oder über das Wahlkreisbüro, Tel. 720 13 884.



Impressum.

Mechthild Rawert, MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227 737 50
Fax: 030/227 762 50

V.i.S.d.P.: Mechthild Rawert

Kontakt.

Wahlkreisbüro

Friedrich-Wilhelm-Straße 86
12099 Berlin
Tel: 030/720 13 884
Fax: 030/720 13 994

eMail: mechthild.rawert@wk.bundestag.de

Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln:
U6, U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.

Online.



www.mechthild-rawert.de



www.facebook.com/mechthild.rawert



www.flickr.com/photos/mechthild-rawert

1) Der QR-Code beinhaltet den Link auf unsere Homepage. Er ist zu lesen mit einem Smartphone, das über eine entsprechende App verfügt. Ein Reader ist z.B. zu finden unter: <http://reader.kaywa.com/getit>

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de

